

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

144 (23.6.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 23. Juni 1951

Nr. 144

De Gaulle lehnt Koalition ab

Frankreich soll mit Deutschland verhandeln Paris (UP). General de Gaulle sagte in seiner Funktion als Führer der völkischen Sammlungsbewegung (RPF), daß seine Partei sich nicht an einer Regierung der Mittelparteien beteiligen werde. „Wohin sind wir bereit, eine Regierung zu bilden“, erklärte de Gaulle, „doch glauben wir, daß die Möglichkeiten dafür nicht allzu groß sind. Wir wissen, daß die anderen Parteien es vorziehen, ohne uns zu regieren. Sie werden aber dabei keinen Erfolg haben.“

De Gaulle, der auf einer Pressekonferenz sprach, forderte eine baldige Aufnahme von Verhandlungen mit Westdeutschland, um zu einem Übereinkommen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Verteidigung zu gelangen. Ein weitumfassendes Abkommen dieser Art könnte die Grundlage zu einem bundesstaatlichen System für alle westeuropäischen Nationen geben. Deutschland müsse jedoch anerkennen, daß das Saargebiet mit Frankreich eine enge wirtschaftliche Einheit bilde. Es müsse deshalb ein besonderes politisches Statut zwischen den beiden Nationen ausgearbeitet werden, das diese „Tatsache“ bestätige.

In Bezug auf die atlantische Verteidigung, fuhr de Gaulle fort, sei es unerlässlich, vollkommene Harmonie und Einmütigkeit auf allen Gebieten zu erreichen. Voraussetzung hierfür sei eine Umgestaltung der Befehls- und Verantwortungsbereiche, wie auch eine Änderung des Rüstungsprogrammes zusammen mit einer gleichmäßigen Verteilung aller Rohstoffe. Deutschland und Spanien müßten in das nordatlantische Verteidigungssystem einbezogen werden.

Karl Etienne legte den Fraktionsvorsitz der Sozialdemokratischen Partei im Saarland nieder, weil seine kürzliche Reise nach Bonn vom SPS-Parteivorstand kritisiert wurde.

Admiral Brind, der Oberkommandierende der nördlichen Region im nordatlantischen Verteidigungssystem, ist in Norwegen eingetroffen, um sein ständiges Hauptquartier in Oslo aufzuschlagen.

Dr. Ronald Richter, der im Auftrage der argentinischen Regierung Atomforschungsarbeiten durchführt, hat angekündigt, daß „innerhalb der nächsten sechs bis acht Monate außerordentlich bedeutsame Atomversuche stattfinden werden.“

Der sowjetische Generaloberst Grischin ist gestorben. Er begann 1920 seine Karriere als einfacher Soldat und war bei seinem Tode Chef der Exekutivbehörde des Kriegsministeriums.

Der Berliner Bürgermeister, Reuter, wird als Präsident des Deutschen Städtetages an der Konferenz der Internationalen Vereinigung der Bürgermeister in der englischen Stadt Brighton teilnehmen.

Der deutsche Städtetag hält am 6. und 7. Juli seine Hauptversammlung in München ab. 500 Delegierte werden dazu erwartet.

Die alliierte Hochkommission hat die in Herne erscheinende kommunistische „Neue Volkszeitung“ auf die Dauer von 90 Tagen verboten.

Prinzessin Wilhelmina, ehemals Königin der Niederlande, ist zu einem kurzen Ferienaufenthalt nach Drontheim in Norwegen geflogen.

Saargebiet ein Teil Deutschlands

Schluß mit der Abtrennung - Bedeutsamer SPD-Antrag in Bonn

Bonn (UP). Maßgebende Kreise der Bundestagsfraktionen halten eine neue Saarabstimmung für möglich. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits einen Antrag veröffentlicht, durch den die Bundesregierung ersucht werden soll, folgende Grundsätze zu beachten:

1. Das Saargebiet ist nach deutschem und internationalem Recht ein Teil Deutschlands innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937.

2. Die zur Zeit im Saargebiet bestehende Ordnung ist ein Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands, welche die Besatzungsmächte in Ausübung der von ihnen „vorübergehend übernommenen höchsten Gewalt“ eingerichtet haben.

3. Der französische Kommissar im Saargebiet repräsentiert nicht die französische Regierung, sondern ist ein Organ der Besatzungsmächte in Deutschland.

4. Bei Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen muß die Bundesregierung im Hinblick auf das Saargebiet das Recht in dem Sinne wiederherstellen, daß innerhalb des Saargebiets freiheitliche demokratische Zustände geschaffen werden und der De-facto-Abtrennung der Saar von Deutschland ein Ende gemacht wird.

Der SPD-Antrag wird vermutlich in einer der Plenarsitzungen in den ersten beiden Juliwochen zusammen mit dem zurückgestellten CSU-Antrag behandelt werden, der Auskunft über die vieldiskutierte Rede des Saarkommissars Grandval verlangte.

Vier deutsche Armeekorps?

Die Bundesregierung lehnte jede Stellungnahme zu einer Meldung des Washingtoner

Essen (UP). Auf dem außerordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen wurde Christian Fette, bisher Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier, von 185 der anwesenden 249 Delegierten als Nachfolger des verstorbenen Hans Böckler zum ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Fette übernimmt als oberster Repräsentant der fünfzehn Millionen Gewerkschaftsmitglieder eines der wichtigsten Ämter im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik. Er wurde auf dem Kongreß vom Vorsitzenden der IG Bergbau August Schmidt als einziger Kandidat für den Posten des neuen DGB-Vorsitzenden vorgeschlagen. Nur 4 Delegierte stimmten gegen Fette, 31 gaben weiße Stimmzettel ab und 9 erklärten sich für Walter Freitag, den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall.

Die Bedeutung dieses DGB-Kongresses wurde durch die Anwesenheit prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem In- und Ausland unterstrichen. Die Bundesregierung war durch die Minister Erhard, Kaiser und Storch vertreten, ferner waren führende Männer der deutschen Bundesländer und Repräsentanten der ausländischen Gewerkschaften erschienen.

Bundesarbeitsminister Storch, der dem Kongreß die Wünsche der Bundesregierung überbrachte, sprach vor der Wahl die Hoffnung aus, daß die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften auch unter dem neuen Vorsitzenden vom gleichen Vertrauen getragen sein werde wie unter Böcklers Führung. Prof. Carlo Schmid, der die Grüße des Bundestags übermittelte, meinte u. a. in seiner Rede, daß die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften keine politische Sterilität bedeuten dürfe.

Die Eröffnungsrede hielt Georg Reuter, der stellvertretende Vorsitzende des DGB, der die Verdienste des am 16. Februar verstorbenen Bundesvorsitzenden Böckler würdigte und den festen Willen der Gewerkschaften unterstrich, „Hüter der Demokratie“ zu sein. Reuter wandte sich mit Nachdruck gegen die rechtsradikalen Strömungen in der deutschen Politik. Ebenso rückte er entschieden vom „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ der Ostzone ab, den er als „DAF der SED“ bezeichnete. Er versicherte den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, daß die freien Gewerkschaften bemüht seien, auch ihnen wieder die Möglichkeit zu geben, Angehörige einer wirklich freien und unabhängigen deutschen Gewerkschaftsbewegung zu werden.

Die Sprecher der amerikanischen Gewerkschaften — Victor Reuther (CIO) und Henry Rutz (AFL) — versicherten dem Kongreß, daß die amerikanischen Gewerkschaften die Bestrebungen des DGB unterstützen und sich mit ihm solidarisch fühlen.

Christian Fette

Das Leben eines Gewerkschaftsführers

Der neue DGB-Vorsitzende Christian Fette wurde am 1. Februar 1895 in Bremen als drittes Kind eines Schuhmachermeisters geboren. Seine Lehrzeit verbrachte er bei einem Buchdrucker seiner Heimatstadt und durch-

wanderte dann große Teile Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges kehrte Fette in seine Heimat zurück und wurde Soldat. Er wurde zweimal verwundet.

Schon früh wurde Fette Mitglied der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei. Als 1929 der Vorstand des Buchdruckerverbandes im Bezirk Bremen wegen eines Streikbeschlusses zurücktrat, wurde Fette zum neuen Vorsitzenden gewählt. 1924 ging er ins Ruhrgebiet und wurde Vorsitzender des Bezirks Duisburg des gleichen Verbandes. Mit seiner Wahl zum stellvertretenden Gauvorsitzer für Rheinland und Westfalen begann Fette 1931 seine hauptamtliche gewerkschaftliche Arbeit. Während dieser Tätigkeit erhielt er engen Kontakt mit seinem Vorgänger, dem verstorbenen DGB-Vorsitzenden Böckler, der damals im gleichen Gebiet Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterbundes war. Im Verlauf der nationalsozialistischen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre wurde Fette dreimal wegen angeblich staatsfeindlicher Haltung verhaftet und stand unter dauernder Aufsicht der Polizei und der NSDAP.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges baute Fette die Gewerkschaft „Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung“ in Köln und Nordrhein-Westfalen auf. Beim Zusammenschluß auf zentraler Basis wurde er im März 1947 in die Zonenleitung gewählt. Bei der Zusammenfassung der graphischen Ländergewerkschaften zur Industriegewerkschaft „Druck und Papier“ im Dezember 1948 wählten die Delegierten Fette zum Vorsitzenden. Er bestimmte Stuttgart zum Sitz des Gewerkschaftsvorstandes. Im September 1950 wurde er erneut in seinem Amt bestätigt. Fette wurde auch im Mai 1949 in Stockholm in den Vorstand der Internationalen Graphischen Föderation berufen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges baute Fette die Gewerkschaft „Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung“ in Köln und Nordrhein-Westfalen auf. Beim Zusammenschluß auf zentraler Basis wurde er im März 1947 in die Zonenleitung gewählt. Bei der Zusammenfassung der graphischen Ländergewerkschaften zur Industriegewerkschaft „Druck und Papier“ im Dezember 1948 wählten die Delegierten Fette zum Vorsitzenden. Er bestimmte Stuttgart zum Sitz des Gewerkschaftsvorstandes. Im September 1950 wurde er erneut in seinem Amt bestätigt. Fette wurde auch im Mai 1949 in Stockholm in den Vorstand der Internationalen Graphischen Föderation berufen.

Mitbestimmung soll ausgebaut werden

Bedingungen der Aufrüstung — Fette über die Ziele des DGB

Stuttgart (UP). Nach seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden des DGB hat Fette in einem über den Süddeutschen Rundfunk verbreiteten Interview zu grundsätzlichen Fragen der Mitbestimmungsrechte, der Remilitarisierung und zu allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungen Stellung genommen. Fette betonte, die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung sei unabdingbar. Der Anfang sei gemacht und nun werde in Etappen weitergebaut. Als vordringlich bezeichnete er die Mitbestimmung in der chemischen Industrie sowie bei der Bundesbahn und der Post. Wenn der gesamte Aufbau sinnvoll und nutzbringend sein soll, müsse man entweder die Arbeitnehmer paritätisch an den jetzigen Industrie- und Handelskammern beteiligen, oder an deren Stelle Wirtschaftskammern schaffen.

Die Begriffe Remilitarisierung und Sicherheitfrage, die man niemals voneinander trennen dürfe, stünden in engem Zusammenhang mit der Forderung nach Mitbestimmung. „Wir haben mehr zu verlieren als nur Ketten und müssen daher bereit sein, für die Erhaltung unserer Freiheit bei vollkommener Gleichberechtigung mit den übrigen freien Staaten der Welt unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten“, sagte Fette wörtlich.

Die Regelung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen müssen nach Fettes Ansicht im Grundsatz ausschließlich Aufgabe der Tarifvertragsparteien sein. Vom Grundsatz der autonomen Gewerkschaften dürfe nicht abgegangen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund habe hier bestenfalls koordinierende Aufgaben zu erfüllen. Andererseits erwache aber für den DGB auch die Pflicht, andere Arbeitnehmergruppen bei der Durchsetzung berechtigter Forderungen zu unterstützen, wenn diese Gruppen aus eigener Kraft nicht dazu in der Lage seien.

Prag gibt Piloten nicht frei

Prag (UP). Die tschechoslowakische Regierung gab bekannt, sie werde vorläufig die Piloten der beiden amerikanischen Düsenjäger nicht freigeben, die am 8. Juni in der Nähe von Prag notlanden mußten. In einer von Außenminister Viliam Siroky unterzeichneten Note an die amerikanische Regierung heißt es, zunächst müsse festgestellt werden, „ob die beiden Flugzeuge sich wirklich auf einem Übungsflug befanden“.

Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Nicht nur Klugheit und Geschick gehören zum diplomatischen Geschäft, sondern auch Geduld. Die vier Außenminister-Stellvertreter, die sich vier Monate lang in Paris in fruchtlosen Debatten erschöpften mußten, haben sogar eine Langmut aufgebracht, die aufrichtige Bewunderung verdient. Denn ihnen allen war ebenso wie den fernher stehenden Beobachtern wohl schon lange klar, daß ihre Bemühungen um eine Tagesordnung für eine Außenminister-Konferenz vergeblich blieben würde, weil die Voraussetzung — nämlich der gute Wille auf allen Seiten — von vornherein fehlte. Nun ist nach dem Ausspruch eines sowjetischen Delegierten „alles endgültig zu Ende“.

Endgültig? Vielleicht auch nicht — denn noch haben die Westmächte einen Türspalt offen gelassen, durch den Moskau, falls es sich eines Besseren besinnen sollte, eine positive Antwort auf das Angebot einer Viermächte-Konferenz reichen könnte. Geschieht dies nicht, dann allerdings müßte man die Hoffnung auf eine Entspannung der internationalen Lage begraben. Und diese Hoffnung — das muß leider ganz offen gesagt werden — hat nicht mehr viele Aussichten.

Sie waren in Paris zweifellos einmal vor- handen. Die Westmächte wichen Schritt um Schritt vor den Forderungen Moskaus zurück: sie akzeptierten einen Verzicht auf die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, sie waren mit der Erörterung der Lage in Österreich und in Triest einverstanden; sie wollten mit der Sowjetunion über eine Abrüstung verhandeln und sie gaben sogar Herrn Molotow die Chance, auf einer Ministerkonferenz über den Atlantikpakt und die amerikanischen Stützpunkte in Europa zu reden. Nur offizieller Punkt der Tagesordnung sollten diese letztgenannten Probleme nicht werden, weil sonst Verträge der Jurisdiktion des sowjetischen Außenministers unterworfen worden wären, bei denen er einen Anspruch auf eine Entscheidung wirklich nicht erheben konnte.

Schon seit Wochen war es daher nur eine Frage des Zeitpunktes, an dem offiziell das schon längst offensichtliche Scheitern dieser Vorkonferenz festgestellt werden mußte. Die Westmächte haben trotzdem lange gezögert, ehe sie den schwerwiegenden Satz aussprachen: „Weitere Verhandlungen sind zwecklos“. Und trotzdem vermieden sie die ausdrückliche Proklamation der Verantwortung für diesen Mißerfolg. Es bedurfte eines solchen Hinweises auch nicht. Gerade deshalb aber erscheint es wie eine Krönung der Geduld durch die Klugheit, daß der Westen dem Osten auf diese Weise eine goldene Brücke hinterließ, auf der er — wenn er will — ohne Prestigeverlust wieder zu einem Gespräch zurückkehren kann.

Im Unterhaus gab es einen scharfen Disput um das persische Öl. Seine Einzelheiten hier zu rekapitulieren, ist nicht unsere Absicht, denn der wesentliche Inhalt dieser Debatte ist unseren Lesern bereits bekannt. Weshalb wir aber dennoch auf ihn zu sprechen kommen, hat eine Ursache, die außerhalb des gegenständlichen Themas liegt. In dieser Unterhausdebatte ereignete sich nämlich ein Zwischenfall, der für die englische Fairness geradezu typisch und für andere Parlamentarier äußerst lehrreich ist.

Die Ausführungen des Außenministers waren dem konservativen Abgeordneten Legge-Bourke entweder zu langweilig oder zu langatmig. Der temperamentvolle Major warf deshalb eine Penny-Münze durch den Saal, die vor Morrison auf den Tisch fiel. Der aufmerksame Speaker (Vorsitzender des Unterhauses) erhob sich und fragte, ob eines der ehrenwerten Mitglieder des Hauses etwas geworfen habe. Legge-Bourke meldete sich sofort, indem er sagte: „Ich warf den Penny, weil ich dem Außenminister vorschlagen wollte, endlich eine neue Platte aufzulegen“. Der Speaker aber erwiderte: „Sind Sie sich dessen bewußt, daß Sie die Würde dieses Hauses verletzt haben?“ — Legge-Bourke stand auf, verbeugte sich und verließ schweigend den Saal.

Man sollte dieses Intermezzo und die Art seiner Erledigung in sämtlichen deutschen Parlamenten plakatieren ...

Zur selben Zeit, als im britischen Parlament die iranische Ölkrise besprochen wurde, traten die Verteidigungsminister des Commonwealth zu einer Konferenz zusammen, um die Sicherung der englischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten zu beraten. Indien, Pakistan und Ceylon sind zu dieser Konferenz nicht eingeladen worden. Sie haben nach den Worten eines offiziellen Kommentators des Foreign Office „ihre Absicht zu erkennen geben, daß sie an einem gemeinsamen Verteidigungsarrangement nicht teilnehmen wollen“. Hinter dieser dürren Mitteilung steht die erschüt-

ternde Tatsache, daß drei Mitglieder des britischen Commonwealth sich sogar schon in einer so lebenswichtigen Angelegenheit desinteressiert beiseite gestellt haben.

Noch bedeutungsvoller aber ist wohl die Bemerkung des gleichen britischen Beamten: „Diese asiatischen Staaten haben auch erklärt, sie würden den nationalistischen Bestrebungen der Länder des Nahen und Mittleren Ostens ihre Unterstützung zuteil werden lassen und den strategischen Plänen des Westens, dem Kommunismus in Asien Einhalt zu gebieten, Widerstand entgegenzusetzen.“

Australien, Neuseeland und Südafrika haben sich zwar bereit erklärt, für die Verteidigung des Mittleren Ostens Truppen zur Verfügung zu stellen. Die Frage ist aber nun, ob diese Streitkräfte auch schon vor dem Eintritt des befürchteten Notfalls zur Stelle sein werden. Gerade hierüber will London auf der jetzigen Konferenz Gewißheit erlangen und gleichzeitig die Probleme der Ausrüstung, des Nachschubs usw. klären. Dabei darf keine Zeit mehr verloren werden, denn nicht nur im Iran sieht es für England höchst bedenklich aus. Die Drohung mit einem bewaffneten Eingreifen, falls die Teheraner Regierung „die Ordnung nicht aufrecht erhalten kann“ (wie leicht kann eine Störung dieser „Ordnung“ bewerkstelligt werden!), hat nämlich gefährliche Perspektiven, weil auch die Sowjetunion das Recht beanspruchen darf, zur Sicherung dieser „Ordnung“ und im Falle der bewaffneten Intervention einer fremden Macht in Iran einzumarschieren.

Der Erfolg des iranischen Nationalismus hat überdies andere Völker des Nahen Ostens begehrt gemacht. Jordanien, Syrien und Irak stellen Ansprüche. Ägypten fordert den Abzug der britischen Truppen vom Suezkanal und den Anschluß des Sudan. Der latente Streit zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn birgt mannigfaltige Gefahrenmomente in sich. Libyen, dessen provisorische Regierung wegen ihrer Abhängigkeit von London von der Arabischen Liga nicht anerkannt wird, verlangt die Anerkennung seiner Souveränität. Mit den Amerikanern gibt es dauernde Reibereien um die Benutzung der gemeinsamen Luftstützpunkte im Mittelmeerraum und in Vorderasien, die noch verschärft wurden, seitdem die Ernennung eines amerikanischen Admirals als Oberbefehlshaber in diesem Gebiet die britische Empfindlichkeit erneut kränkte. Und überdies müßte endlich die Frage entschieden werden, ob Griechenland und die Türkei in den Atlantikpakt aufgenommen werden oder ob es sich empfiehlt, einen Nahostpakt zu schaffen, der wiederum wegen der Differenzen mit Teheran, der Widerborstigkeit gewisser arabischer Staaten, der heiklen Stellung Israels usw. auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen würde. Die in London versammelten Verteidigungsminister haben also eine wahrhaft dornenvolle Aufgabe zu lösen. Man kann gespannt sein, welches Resultat sie finden werden. FK

Zwei Polen in Passau gelandet

Passau (UP). Ein Schulflugzeug sowjetischer Herkunft landete mit zwei polnischen Staatsangehörigen an Bord in der Nähe von Passau. Nach Mitteilung der Grenzpolizei haben die beiden Polen um Asyl gebeten. Sie waren Angestellte der polnischen Luftfahrtgesellschaft und kamen von einem Flugplatz an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze.

Erzbischof „gesteht“ Umsturzkämpfe

Budapest (UP). In demselben Gerichtssaal, in dem vor zwei Jahren Kardinal Mindszenty zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde, begann am Freitag der Prozeß gegen den Erzbischof von Kalocsa, Josef Gröz, den ranghöchsten Bischof des ungarischen Episkopats, und acht Mitangeklagte. Bereits am ersten Verhandlungstage „gestanden“ Erzbischof Gröz und die Angeklagten Dr. André Farkas, Dr. Laszlo Hevey und Dr. Paul Boszik, Vorbereitungen für einen Umsturz des Regimes getroffen zu haben. Mit lauter und ruhiger Stimme beantwortete Erzbischof Gröz die Fragen, die der Vorsitzende nach Verlesung der Anklageschrift an ihn richtete. Gröz erklärte, daß er seit Kriegsende in engen Beziehungen zu den Gesandtschaften westlicher Staaten in Budapest gestanden habe. Er sei nach der Verurteilung Kardinal Mindszents an dessen Stelle getreten und habe an der Spitze einer Organisation gestanden, die das Regime in Ungarn stürzen wollte. Der Erzbischof gab auch zu, Devisengeschäfte gemacht und verschiedenen Menschen zur Flucht in den Westen verholfen zu haben. Dr. Farkas sowie Dr. Hevey und Dr. Boszik bekannten, an der Spitze einer Verschwörung gegen das Regime gestanden und außerdem Spionage getrieben zu haben. Boszik sagte, er habe von der amerikanischen Gesandtschaft den Auftrag erhalten, für die Wiedererrichtung der ungarischen Monarchie zu arbeiten. Der Angeklagte Hevey sollte nach seinen eigenen Angaben von Veranlassung Bosziks bewaffnete Banden bilden, um das Regime zu stürzen. Es habe sich aber hauptsächlich um bewaffnete ungarische Faschisten in Jugoslawien und in Westeuropa gehandelt.

Boszik und Farkas erwähnten während ihrer Aussagen die Namen des Bischofs von Csanad, Andreas Hamvas, und des Bischofs von Szekesfehervar, Ludwig Shvoy, die von den Umsturzkämpfern gewußt haben sollen.

FDP: Keine neuen Steuern mehr

Ablehnung jeglicher Zwangswirtschaft - Warnung vor Koalitionskrise

Bonn (UP). Mit aller Entschiedenheit wandte sich die FDP-Fraktion des Bundestages gegen Bestrebungen, die Zwangswirtschaft in der Industrie und Landwirtschaft wieder aufleben zu lassen. Sie warnte mit Nachdruck vor den Gefahren, die eine solche Entwicklung für den Bestand der Bonner Regierungskoalition nach sich ziehen könnte.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, August Martin Euler, erklärte vor der Presse, die FDP werde eine „sehr feste Haltung“ in dieser Frage einnehmen und bemüht sein, die deutsche Volkswirtschaft vor einer Fehientwicklung zu bewahren. Zwangswirtschaft in einem Staate mit unzulänglicher Exekutive führe zur Anarchie.

Die geplante Festsetzung der Getreidepreise und die hiermit verbundenen Absichten, die Ablieferungspflicht gesetzlich zu verankern, sei von der FDP-Fraktion „rundweg abgelehnt“ worden. Die FDP habe sich vielmehr für eine Freigabe der Getreidepreise ausgesprochen. Hinsichtlich der Kohlenlage fordere die FDP eine Steigerung der Kohle-Importe aus den USA. Der Kohleplan des Bundeswirtschaftsministeriums sei bereits überholt. Man solle soviel Kohle „wie nur irgend tragbar“ einführen. Nur so könne die Produktion erhalten und das Widersinnige in der deutschen Exportquote sinnfölig gemacht werden.

Die FDP-Fraktion des Bundestages hat gleichzeitig mit diesem Vorstoß dem Bundesfinanzminister einen schriftlichen Beschluß übermittelt, in dem sie erklärt, daß sie zur

Dockung des angeblichen Defizites im Bundeshaus nicht einen Pfennig neuer Steuern bewilligen werde. Nach Ausführungen Eulers sei es noch gar nicht erwiesen, ob überhaupt ein Fehlbetrag im Bundeshaushalt entstehen werde. Die FDP werde daher so lange jeder neuen Deckungssteuer ihre Zustimmung verweigern, bis eine Übersicht über die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen des Bundes vorliege. Dies werde frühestens im Herbst dieses Jahres der Fall sein.

Bundeskabinett und Koalitionsparteien werden am Mittwoch und Donnerstag kommenden Woche noch einmal den gesamten Fragenkomplex erörtern. Die FDP wird bei dieser Gelegenheit ihren ablehnenden Standpunkt erneut vortragen und sich bei den anderen Koalitionsparteien dafür einsetzen, künftig weniger „bewilligungsfreudig“ zu sein. In einer Stellungnahme der CDU-Fraktion würden die Ausführungen Eulers als ein „absolutes Novum“ bezeichnet.

Einen durchgreifenden Wandel in der Pressepolitik der Bundesregierung und die Ablösung des gegenwärtigen kommissarischen Bundespressescheffs, Dr. Fritz von Twardowski, forderte Euler ebenfalls auf der erwähnten Pressekonferenz. Dabei beklagte er das „mangelnde Verständnis für Publizität“ beim Bundeskanzler und bei den anderen Koalitionsparteien. In diesem Zusammenhang kritisierte Euler die Personalunion Kanzler-Außenminister und bemängelte die dauernde Abwesenheit Dr. Adenauers.

Bundeswohnungsgesetz angekündigt

Feststellungsgesetz noch vor Lastenausgleich - Vorfinanzierung kostet 5 bis 6 Milliarden

Bonn (UP). Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hat sich für die Behandlung eines Feststellungsgesetzes noch vor dem Lastenausgleichsgesetz entschieden. Da die SPD ebenfalls mit diesem Gesetz einverstanden ist, dürfte seine Annahme gesichert sein.

Bundesminister Dr. Lukaschek, der das Feststellungsgesetz vor der Bonner Presse kommentierte, erklärte dazu, daß die Vertriebenenfragen hochpolitischer Natur seien und nicht auf karitativer Basis gelöst werden könnten. Das Wohnungsproblem anscheinend, meinte der Minister: „Es ist durchaus möglich, daß ich in nächster Zukunft gezwungen bin, das alliierte Wohnungsgesetz Nr. 18 durch ein Bundeswohnungsgesetz abzulösen, um in einigen Aufnahmeländern zu einer stärkeren Belegungsdichte der vorhandenen Wohnungen zu kommen. Ich bin fest entschlossen, diesen Weg zu gehen, wenn es mir auch keineswegs angenehm ist.“

Die bis zum 1. September vorgesehene Quote von rund 200 000 Umsiedlern ist nach Ansicht Lukascheks nicht zu erreichen. Für die bis

zum Jahresende umzusiedelnden 300 000 Flüchtlinge und Vertriebenen müßten 75 000 Wohnungen in der Nähe der vorhandenen Arbeitsplätze geschaffen werden, wofür ein Betrag von 750 Millionen DM veranschlagt sei, von dem ihm allerdings erst eine Summe von 205 Millionen DM zur Verfügung stehe.

Der Entwurf des Bundesvertriebenengesetzes, der dem Kabinett bereits zugeleitet wurde, umreißt den Begriff des Vertriebenen, regelt die Zulassung von Ärzten, Apothekern sowie die Anerkennung von Meistertiteln und Zeugnissen und bestimmt das Recht auf Beanspruchung von Steuervergünstigungen und Wohnungen. Lukaschek vertrat die Auffassung, das im Sonnenplan ausgearbeitete Blitzprogramm zur Wiedereingliederung der Vertriebenen könne durchgeführt werden. Er unterstrich jedoch, daß dazu internationale Hilfe notwendig sei. Bei der Durchführung des Lastenausgleichs hält der Bundesminister eine Vorfinanzierung für unangenehm notwendig, wofür eine Summe von fünf bis sechs Milliarden DM aufgebracht werden müsse.

Kompetenzstreit um Zolltarife

Bundesrat billigt Gatt-Abkommen - Bauern gegen Obsteinfuhr

Bonn (UP). Der Bundesrat billigte einstimmig den Gesetzentwurf über das Protokoll von Torquay und den Beitritt der Bundesrepublik zum allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt-Abkommen). Das Gesetz soll am 1. Oktober 1981 in Kraft treten. Ferner beschloß der Bundesrat, das vom Bundestag bereits verabschiedete Zolltarifgesetz dem Vermittlungsausschuß zur Änderung der Bestimmung zu überweisen, nach der die Bundesregierung Abänderungen der Zolltarife nur mit Zustimmung des Bundestages vornehmen kann. Nach Ansicht des Bundesrates soll die Regierung Verordnungen nur mit Zustimmung von Bundestag und Bundesrat vornehmen können oder aber für den Erlaß von Verordnungen allein zuständig sein.

Der Bundesrat nahm endlich eine Entscheidung an, nach der aus den ordentlichen Haushaltsmitteln für das Rechnungsjahr 1981 Bundesmittel für Flüchtlingakredite zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Deutsche Bauern-Korrespondenz veröffentlichte unter der Überschrift „Unverständliche Zugeständnisse“ einen Einspruch des Bauernverbandes gegen die „einseitige Abänderung“ der bisherigen Abmachungen zu Gunsten italienischer Einfuhrwirte. Der Bundeskanzler soll nach den Informationen des Bauernverbandes telegrafisch aus Rom angeordnet haben, daß die bisherigen Sperrfristen für die Einfuhr von italienischem Obst und Gemüse um 5 bis 25 Tage verkürzt werden. Vertreter des Bauernverbandes wiesen darauf hin, daß dadurch die italienischen Einfuhren genau zu dem Zeitpunkt in Deutschland eintreffen, zu dem sich die einheimischen Bauern um den Absatz ihres eigenen Obstes und Gemüses bemühen.

Erhard verspricht Kohle Bundeswirtschaftsminister Erhard gab vor

dem Bundesrat erneut die Versicherung ab, daß für jeden Haushalt im kommenden Winter 24 Zentner Kohle zur Verfügung gestellt würden. Außer von den bis jetzt im zweiten Quartal ausgegebenen 2 Zentnern sollen im dritten Vierteljahr 6 Zentner pro Haushalt verteilt werden. Die restlichen Mengen sollen zum Jahresende oder zu Beginn des nächsten Jahres zur Ausgabe gelangen.

Die Autobahn-Reklame beeinträchtigt die Verkehrssicherheit, stört das Landschaftsbild, verschandelt künstlerisch wertvolle Bauten und bringt obendrein noch kaum etwas ein — zu diesem Schluß kam der Verkehrsausschuß des Bundestages, der einen Antrag auf Zulassung von Reklame längs der Bundesautobahnen ablehnte.

Neuer Staatssekretär

Der Marburger Oberbürgermeister Karl Theodor Bleek gab bekannt, daß er vom 3. 7. an die Geschäfte eines zweiten Staatssekretärs im Bundesinnenministerium übernehmen werde. Bleek, welcher der FDP angehört, wird die Abteilung für Beamten- und Personalrecht, für kulturelle Angelegenheiten, Gesundheitswesen sowie öffentliche Fürsorge und Jugendwohlfahrt leiten.

Lehr beim Bundesgrenzschutz

Lübeck (UP). Bundesinnenminister Dr. Lehr besichtigte den ersten Lehrgang des Bundesgrenzschutzes in Lübeck. „Guten Morgen, Kameraden“, rief der Minister den 160 Mann zu und schritt dann unter den Klängen des Marsches „Alle Kameraden“ die Front ab. Zum Schluß einer Ansprache stimmte der Minister die dritte Strophe des Deutschlandliedes an, die von allen unter Ehrenbezeugung mitgesungen wurde. Anschließend nahm Lehr einen Vorbeimarsch der Bereitschaftspolizei und des Grenzschutzes mit geschultertem Gewehr ab.

Gromyko: Der Westen ist schuld

Bittere Vorwürfe nach dem Scheitern der Konferenz

Paris (UP). Der Sowjetdelegierte Gromyko erklärte in einer Pressekonferenz, für den Zusammenbruch der Pariser Verhandlungen seien allein die Westmächte verantwortlich. „Die drei Westmächte haben gezeigt, daß sie an einer Verbesserung ihrer Beziehungen mit der Sowjetunion nicht interessiert sind“, meinte er. „Sie wollen im Gegenteil die Spannungen aufrechterhalten, um sie für ihre aggressiven Zwecke auszunutzen. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Sowjetunion fortfahren wird, für den Frieden zu kämpfen und

die Machenschaften der imperialistischen Kreise der USA, Großbritanniens und Frankreichs zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges zu entlarven. Außerdem wollen die drei Mächte eine direkte militärische Allianz mit der Revanche-Regierung in Bonn eingehen. Die Westmächte wollen für ihre aggressiven Zwecke sowohl die materiellen Hilfsquellen als auch das Menschenmaterial Westdeutschlands einspannen.“

Acheson hat noch Hoffnung Washington (UPI). Der amerikanische

Außenminister Acheson scheint noch nicht alle Hoffnung auf eine Vierer-Konferenz aufgegeben zu haben. Er sagte jedenfalls, man könne immer noch damit rechnen, daß Moskau die Einladung der Westmächte zu einem Treffen der Außenminister annehme. Viel beachtet wird auch in politischen Kreisen folgendes Intermezzo. Gromyko sagte beim Verlassen des Konferenzraums zu seinem US-Kollegen: „Ich hoffe, sie bald wiederzusehen“. Jessup antwortete darauf: „Ich hoffe, sie in Kürze in Washington begrüßen zu können“.

Die streikenden Seeleute an der amerikanischen Westküste werden die Arbeit am Freitag wieder aufnehmen, nachdem ihnen Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen zugesagt wurden.

Sucht Malik Friedensvorschläge?

Eine merkwürdige Botschaft an die UN

New York (UP). Der gegenwärtige Präsident des Sicherheitsrates, der Sowjetdelegierte Malik, legte den UN eine Botschaft des kommunistisch beherrschten „Demokratischen Weltfrauenbundes“ vor, in dem die angeblich von amerikanischen, britischen und südkoreanischen Truppen verübten Grausamkeiten geschildert werden.

Außerdem enthält die Botschaft einen Vorschlag zur Beendigung des Krieges in Korea auf folgender Grundlage: 1. sofortige Einstellung der Bombardierung koreanischer Städte und Dörfer und der Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung. 2. Friedliche Regelung des koreanischen Problems und Abzug aller ausländischen Truppen. 3. Regelung des koreanischen Problems durch die koreanische Bevölkerung.

Politische Beobachter messen dem Dokument einige Bedeutung zu, da Malik eine Rundfunkrede halten will. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß er darin neue Vorschläge für eine Beendigung des Krieges äußern wird.

Stellungskrieg in Korea

Tokio (UP). Die Kämpfe in Korea sind in Stellungskrieg übergegangen. Frontveränderungen sind nicht zu verzeichnen. Dagegen wurden in Luftkämpfen weitere 5 Duzentler der Kommunisten zerstört oder beschädigt.

Die USA forderten den Generalsekretär der UN, einem Wunsche General Ridgways entsprechend auf, bei den Mitgliedstaaten um einen zusätzlichen Beitrag an Truppen und Material einzukommen. Eine Verstärkung der UN-Truppen in Korea sei angesichts starker chinesischer Truppenmassierungen „wirklich notwendig“.

„Daily Telegraph“ für Intervention

Gefährliche Zuspitzung des Iran-Konflikts London (UP). Der konservative „Daily Telegraph“ forderte die britische Regierung zur Intervention im Iran auf, „um wenigstens Südpersien vor der Beherrschung durch die Sowjetunion zu bewahren“.

Das Blatt schreibt: „Zugegeben, unsere Intervention in Südpersien würde die Sowjetunion veranlassen, im Norden einzugreifen. Was aber wird geschehen, wenn wir talentlos bleiben? Dann wird ganz Persien unter sowjetische Vormundschaft kommen. Demnach haben wir zu wählen zwischen dem Risiko einer problematischen sowjetischen Invasion Nordpersiens und einer praktischen Gewißheit, daß ganz Persien zu einem sowjetischen Satellitenstaat werden wird. Angesichts dieser Alternative sollte die Regierung nicht länger zögern. Sollte sich unsere Regierung vor einer Entscheidung fürchten und Abzagen aufgeben, dann wird sie damit den Krieg nicht verhindern, sondern ihn im Gegenteil viel näher bringen“.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat die Eingabe der britischen Regierung wegen des Ölkonfliktes zur Kenntnis genommen. Ist aber noch nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, weil zur Zeit nicht alle Richter anwesend sind.

Iran braucht das britische Personal

Teheran (UP). Die iranische Regierung hat eine Urlaubssperre über das gesamte britische Personal der Anglo-Iranian-Oil-Company verhängt. Der Direktor der Anlagen in Abadan, Drakes, erklärte den Behörden, diese Anordnung werde wahrscheinlich viele Angestellte zur Kündigung veranlassen. Schon in den letzten Tagen ist die Zahl der Kündigungen stark gestiegen. Wie verlautet, werden die meisten britischen Angestellten jedoch in ihren Stellungen bleiben, wenn ihnen gute Behandlung und ausreichende Einkünfte zugesichert werden.

Ministerpräsident Mossadegh veröffentlichte einen Brief, den ihm die britische Delegation kurz vor ihrer Abreise zukommen ließ. Darin wird die Teheraner Regierung vor der Gefahr von Massenkündigungen des britischen Personals gewarnt und darauf hingewiesen, daß die komplizierten Fabrikanlagen nicht von ungeschulten Iranern bedient werden könnten.

Adenauer besichtigt Florenz

Florenz (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer hielt am Freitag einige Stunden in Florenz auf und besichtigte die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Am Nachmittag fuhr er zum C'ardasee weiter.

Institut für Weltwirtschaft in Kiel

Kiel (UP). In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und vieler Wirtschaftler aus dem In- und Auslande weihte Bundespräsident Heuss das wieder aufgebaute Gebäude des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel ein.

Die „UNESCO“ nahm Deutschland und Japan als Mitglieder auf. Gegen die Bundesrepublik stimmte nur Israel, dessen Delegierter erklärte, Deutschland habe „keine Beweise dafür geliefert, daß es bereit sei, sich den Grundsätzen der Zivilisation zu unterwerfen“.

Portugals Präsidentenwahl wird am 22. Juli stattfinden. Der neue Präsident wird 30 Tage nach der Wahl sein Amt übernehmen.

Umschau in Karlsruhe

Ostdeutsche feierten die Sonnenwende
 Karlsruhe (wvb). In vielen Gemeinden Württemberg-Badens flammten die Sonnenwendfeuer auf. In Feiern gedachten die Angehörigen der ostdeutschen Landsmannschaften der alten Heimat. In Stuttgart hatten sich etwa 3000 Heimatvertriebene zu der vom Kreisverband Stuttgart der sudeten-deutschen Landsmannschaft veranstalteten Sonnenwendfeier eingefunden, an der auch Angehörige der übrigen ostdeutschen Landsmannschaften teilnahmen. Der württemberg-badische Staatsbeauftragte für das Flüchtlingwesen, Dr. Nowolny, forderte die Heimatvertriebenen in einer Ansprache auf, das Unrecht, das ihnen durch die Vertreibung angetan wurde, zu vergessen.

Zentrale Berufungskammer aufgelöst
 Karlsruhe (wvb). Die Außenkammer Karlsruhe der Zentralprüfungs- und Berufungskammer Württemberg-Baden wird nach einem Erlaß des Landesbezirkspräsidenten Dr. Hans Unser aus Gründen der Sparsamkeit und Verwaltungsvereinfachung mit Wirkung vom 1. Juli 1951 aufgelöst. Die Aufgaben der Kammer einschließlich der Vollstreckung werden von der Zentralprüfungs- und Berufungskammer Stuttgart übernommen.

Kultur- und Landschaftsfilm von Baden
 Die Rheinische Film-Produktion, ist augenblicklich mit den Aufnahmen zu einem Film über Kultur und Landschaft Badens beschäftigt. An der Kamera steht Sepp Allgeier. Eine andere Produktionsgruppe der Rheinischen hat mit der Herstellung zweier medizinisch-wissenschaftlicher Filme begonnen, die bereits im kommenden Herbst, und zwar auf der im September stattfindenden Deutschen Therapie-Woche 1951 ihre Uraufführung vor der deutschen Ärzteschaft in Karlsruhe erleben werden.

Die Staatliche Kunsthalle
 Ist wegen der Vorbereitungsarbeiten für die Neueröffnung von Montag, den 25. Juni bis Samstag, den 30. Juni 1951 geschlossen. Wiedereröffnung und gleichzeitige Eröffnung der Ausstellung „Wilhelm Trübner und sein Kreis“ am Sonntag, den 1. Juli 1951.

Zur Ausstellung der Karlsruher Jungen Gruppe
 mit Arbeiten des Malers Heinz Barth, Grünwetterbach, wird am Dienstag, 26. Juni, 19.30 Uhr Prof. Dr. Hartlaub (Heidelberg) im Garten des Amerika-Hauses und bei ungenügender Witterung in der Bibliothek, einen Vortrag über die heutige Situation der jungen Künstler halten. Zu einer anschließenden Diskussion ist Gelegenheit geboten.

Aus der badischen Heimat

Zwei freiwillige Schuljahre in Mannheim
 Mannheim (ld). Eine für die Entwicklung des Volksschulwesens entscheidende Maßnahme wurde von der Mannheimer Stadtverwaltung vorbereitet und vom Mannheimer Stadtrat gebilligt. Danach führt die Mannheimer Volksschule vom nächsten Schuljahreswechsel zwei freiwillige Schuljahre als sogenannte 9. und 10. Klasse ein, um den vielfach als unzureichend bezeichneten Bildungsstand der aus dem 8. Schuljahr entlassenen Volksschuljugend zu heben. Diese Erweiterung des Schulaufbaus bringt keine nennenswerten finanziellen Belastungen mit sich, weil Mannheim bereits über 50 Lehrkräfte über den staatlichen Etat hinaus auf eigene Kosten einstellt.

Mord oder Unglücksfall?
 Heidelberg (wvb). In der Nähe des Heidelberger Radiumsolbades am linken Neckarufer war in der Nacht zum 17. Juni ein 54-jähriger Mann mit schweren Verletzungen, am Boden liegend aufgefunden worden. Der Verletzte, ehemaliger Hausmeister einer Heidelberger Druckerei, ist seinen Verletzungen nun erlegen. Von der Kriminalpolizei war zunächst angenommen worden, daß der Hausmeister das Opfer eines Unglücksfalles geworden sei. Inzwischen haben sich jedoch Verdachtsmomente ergeben, die auf ein Verbrechen schließen lassen. Eine Frau und ein Mann, die sich wahrscheinlich am Abend des 16. Juni zusammen mit dem Hausmeister in einer Gastwirtschaft befanden, wurden festgenommen.

Ittlinger Rathausbruch aufgeklärt
 Sinsheim (wvb). Der Rathausbruch in Ittlingen im Kreis Sinsheim, bei dem den Dieben außer Bargeld auch 4 Dienstsiegel in die Hände gefallen waren, konnte jetzt aufgeklärt werden. Dieser Tage kam ein Stuttgarter Kriminalbeamter auf das Rathaus und legte den Gemeindebediensteten 4 Dienstsiegel vor, die sofort als die gestohlenen erkannt wurden. Bei den Tätern handelt es sich um eine Berufsverbrecherbande aus Düsseldorf, die bei ihren Raubzügen in der Stuttgarter Gegend gefaßt werden konnte.

„Palais Haniel“ wird Hotelbetrieb
 Baden-Baden (ld). Die berühmte Villa Haniel in Baden-Baden, in den Goldenen Jahren der Kurstadt Treffpunkt der großen internationalen Gesellschaft und nach dem Krieg Sitz des französischen Militärbefehlshabers in Deutschland, General Pierre König, ist von dem früher in Berlin und jetzt in Eisen ansässigen Hotelier Töpfer gepachtet worden. Töpfer will aus der in antikem Stil eingerichteten Villa, die als kleine Nachbildung des Bruchsaler Schlosses gilt, ein Hotel mit zunächst 40 Betten machen. Wenn die Konzession rechtzeitig eintritt, soll das Hotel schon Anfang Juli eröffnet werden.

Die 16 Todesopfer des schweren Verkehrsunfalls bei Herrsching am Ammersee wurden auf dem Friedhof des jesuitischen Berchmannskollegs Pullach beigesetzt. Das Requiem las Kardinal von Faulhaber.

Der Verteidiger Ilse Kochs hat beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Revision der Verurteilung seiner Mandantin zu lebenslänglichem Zuchthaus beantragt.

Start für die Volksabstimmung

Südweststaat oder Wiederherstellung der alten Länder?

Freiburg (wvb). Die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg“ tritt am Samstag in Karlsruhe zu ihrer ersten Sitzung für die Vorbereitung der Volksabstimmung über die Neuordnung Südwestdeutschlands zusammen. Sie ist seit der informativen Volksbefragung vom 24. September 1950 nicht mehr aktiv gewesen. Drei Monate vor der Volksabstimmung vom 16. September 1951 wird damit von den Anhängern des Südweststaates das Startzeichen für die endgültige Auseinandersetzung um die Neuordnung Südwestdeutschlands gegeben, die die Bildung des Südweststaates oder die Wiederherstellung der alten Länder bringen wird.

Am Samstagvormittag werden im Haus Solms in Karlsruhe zunächst die Leiter der Südweststaatskomitees der Landestelle und Kreise unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Arbeitsgemeinschaft, des Vorstandsmitglieds der südbadischen CDU, Albert Maria Lehr, über die Koordinierung der Südweststaatspropaganda beraten. Am Nachmittag tritt die Arbeitsgemeinschaft als eine Art Vollversammlung der führenden Südweststaatsanhänger zusammen. Es werden dazu u. a. erwartet: der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier (DVP), der südwürttembergische Staatspräsident Dr. Müller (CDU), ferner aus Württemberg-Baden Landwirtschaftsminister Herrmann (DVP), Finanzminister Dr. Frank, der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Unser (SPD), der Landessekretär der SPD, Dr. Denker, Landtagsabgeordneter Möller (SPD), der Landesvorsitzende der DVP, Dr. Hausmann, der Landesvorsitzende der CDU Nordwürttemberg, Dr. Hühnle, der unabhängige Bundestagsabgeordnete Freudenberger, ferner der DVP-Landesvorsitzende von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Leuze, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister Schneider (CDU), Konstanz.

Die Haltung der Parteien
 Vor der Vollversammlung wird sich außerdem die DVP Gesamtwürttemberg-Badens zu einer Beratung zusammenfinden. Die DVP Württemberg-Badens hat kürzlich in Mosbach ihre positive Haltung zum Südweststaat erneut dokumentiert. Von der SPD ist in Fellbach ein erneutes Bekenntnis zum Südweststaat abgegeben worden. Führende Vertreter der CDU aller vier Landestellen hatten vor kurzem in Villingen eine positive Stellungnahme zum Südweststaat formuliert. Die CDU steht allerdings der Gefahr gegenüber, daß die Einheit der vier CDU-Parteiorganisationen Südwestdeutschlands durch deren unterschiedliche Haltung zum Südweststaat beeinträchtigt wird. Die CDU von Nord- und Südwürttemberg ist einmütig für den Südweststaat, die CDU von Nord- und Südbaden hat zuletzt eine Neutralitätserklärung abgegeben.

Die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg“ wird auch zu berücksichtigen haben, daß die CDU inzwischen im württemberg-badischen Landtag in Opposition gegangen ist. Ferner ist abzuwarten, ob die ebenfalls in Opposition befindliche neue Partei, die DG-BHE, ein Bekenntnis zum Südweststaat abgibt und in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen wird. Der Vorsitzende der DG-BHE, Dr. Mattes, hat eine Einladung nach Karlsruhe erhalten. Er wird an der Tagung der Arbeitsgemeinschaft jedoch nicht teilnehmen. Ehe nicht ein Vorstandsbeschluss der DG-BHE über die Haltung zum Südweststaat herbeigeführt ist, sieht er sich auch nicht in der Lage, eine Erklärung über die Einstellung der DG-BHE zum Südweststaat abzugeben.

Die Technik des Verfahrens
 Der Südweststaat wird nach dem Abstimmungs-

gesetz gezeugt, wenn die Volksabstimmung im gesamten Abstimmungsgebiet und in mindestens drei der Abstimmungsbezirke eine Mehrheit für die Vereinigung der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden (Südbaden) ergibt. Im anderen Falle werden die alten Länder wiederhergestellt. Wenn dieser Abstimmungsmodus von Südbaden in Form eines Einspruchs beim Bundesverfassungsgerichtshof abgelehnt — bereits für die Volksbefragung vom 14. September 1950 Geltung besessen und diese endgültigen Charakter gehabt hätte, so hätte bereits nach deren Ergebnis der Südweststaat gebildet werden müssen. Im gesamten Abstimmungsgebiet sprachen sich damals 70,2 v. H. der Abstimmenden für den Südweststaat aus, ferner in Nordwürttemberg 93,5 v. H., in Südwürttemberg 92,5 v. H., in Nordbaden 57,4 v. H. und nur in Südbaden 40,4 v. H.

Entscheidet sich die Bevölkerung für den Südweststaat, so kommt dieser spätestens am 14. Februar 1952 endgültig zustande. Er würde dann weitgehend ein Werk des Bundes sein, der die definitive Volksabstimmung durch ein Abstimmungsgesetz anordnete, nachdem die drei unmittelbar beteiligten Länder untereinander zu keiner Einigung gekommen waren. Bei einer Mehrheit für den Südweststaat würde sofort nach der Abstimmung ein Ministerrat aus acht Ministern der drei Länder gebildet werden, der innerhalb von drei Monaten nach der Volksabstimmung die Wahl der verfassungsgebenden Landesversammlung anzuordnen hat. Am meisten Aussicht auf die Wahl für die Landesversammlung hat der 18. November 1951. Nimmt man rein rechnerisch die spätestmöglichen Termine, so könnte die Wahl der Landesversammlung noch am 16. Dezember stattfinden, längstens 14 Tage danach wäre sie einberufen (1. Januar 1952), wiederum höchstens einen Monat danach wäre der Ministerpräsident durch die Landesversammlung zu wählen (1. Februar 1952). Der schließlich spätesten nach weiteren zwei Wochen die vorläufige Regierung zu bilden hätte. Erst mit der Bildung der vorläufigen Regierung würden die drei Länder nach dem Abstimmungsgesetz als effektiv vereinigt gelten.

Es erscheint möglich, daß die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Aktionen so günstig verlaufen würden, daß Südwestdeutschland bereits mit dem Beginn des Jahres 1952 in ein neues Stadium seiner landesstaatlichen Ordnung treten könnte.

„Badischer Informationsdienst“

Der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener (Sitz Karlsruhe) hat dieser Tage im Hinblick auf die Volksabstimmung zur Neuordnung der südwestdeutschen Ländergrenzen mit der Versendung der ersten Ausgabe des zweiten Jahrganges des 1950 gegründeten „Badischen Informationsdienstes“ begonnen. Der Informationsdienst soll den badischen Standpunkt im Hinblick auf die Volksabstimmung zum Ausdruck bringen und wird allen Organen der öffentlichen Meinung in Nord- und Südbaden kostenlos zur Verfügung gestellt. In einem Vorwort zur ersten Nummer des Dienstes wird die Hoffnung ausgedrückt, daß auch solche Zeitungen, die redaktionell den Südweststaatsgedanken vertreten, ihren Lesern die vom „Badischen Informationsdienst“ vermittelten badischen Argumente sachlich mitteilen.

Wie dpa erfährt, beabsichtigt der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener ferner, als Wahlzeitung ein Wochenblatt mit dem Titel „Badener Land“ herauszugeben, das als Fortsetzung der früheren, in Offenburg erschienenen „Badischen Post“ gedacht ist.

Milchpreis-Entscheidung nächste Woche

Ministerrat wird darüber beschließen - Vorschläge der Sonderausschüsse

Stuttgart (wvb). Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Frage einer Milchpreiserhöhung wird das würt.-bad. Wirtschaftsministerium den Ministerrat darüber entscheiden lassen. Wie das Ministerium mitteilte, ist eine endgültige Entscheidung darüber, ob eine Änderung des Fettgehaltes und des Preises der Trinkmilch in Württemberg-Baden jetzt vorgenommen wird, noch nicht getroffen worden. Die nächste Sitzung des Ministerrates wird erst in der kommenden Woche stattfinden.

Der Sonderausschuß des württemberg-badischen Landtags für die Wasser- und Energieversorgung hat dem Plenum empfohlen, die Staatsregierung solle bei der Bundesregierung vorstellig werden, damit das Land Württemberg-Baden für den Ausbau seiner Energieversorgung aus den von der deutschen Wirtschaft aufgebrauchten Investitionsmitteln unterstützt werde.

Der Wirtschaftsausschuß des württemberg-badischen Landtags beschloß am Freitag, dem Plenum vorzuschlagen, die Bundesstraße 10 für den Lastwagendurchgangsverkehr so lange zu sperren, bis die geplanten Umgehungsstraßen bei der Bundesstraße 35 und die vorgesehenen Verbreiterungen der Bundesstraße 10 fertiggestellt sind. Die Arbeiten an diesen Straßen sollen beschleunigt vorgenommen werden.

Der Wirtschaftsausschuß will ferner der Staatsregierung über das Plenum des Landtags empfehlen, bei allen staatlichen Bauvorhaben in weitestem Umfang auch private Architekten heranzuziehen. Bei größeren Projekten sollen Arbeitsgemeinschaften privater Architekten gebildet werden.

75 Jahre Karlishöhe

Ludwigsburg (wvb). Die „Anstalt Karlishöhe Ludwigsburg“ ein Werk der Inneren Mission und Mittelpunkt des süd-deutschen Diakoniewesens, feiert am 24. Juni

das Fest ihres 75jährigen Bestehens. In der Anstalt der Zentrale des „Karlsruher Diakonen-Verbandes“, werden jeweils 40 Jungdiakone kostenlos ausgebildet. Gegenwärtig stehen etwa 100 Diakone des Karlsruher Verbandes im kirchlichen Dienst als Gemeindeführer, Stadtmisionare, Jugendwarte, Religionslehrer, Kirchenpfleger, Bezirksfürsorge und Gemeindepfleger. Etwa 80 Diakone sind in Kinderheimen, Lehrlingsheimen, Erziehungsanstalten, Vereinshäusern und Arbeitshäusern als Heimleiter oder Gehilfen tätig. In Krankenhäusern, Altersheimen und ähnlichen Anstalten sind mehr als 100 Diakone beschäftigt. Die Karlishöhe unterhält auch ein Kinderheim, in dem zur Zeit 85 schulpflichtige Kinder erzogen und unterrichtet werden. Im Männerheim sind 75 alte und pflegebedürftige Männer untergebracht. Außerdem befindet sich auf der Karlishöhe eine Wohlfahrtspfleger- und Pflegerinnen-schule. Insgesamt zählt die Anstalt rund 300 Insassen.

Friedrichshafener Schloßkirche wiederhergestellt

Die Schloßkirche in Friedrichshafen, die im April 1944 durch Bombentreffer verwüstet worden war, kann nach langjähriger Wiederherstellungsarbeiten am 1. Juli wieder in gottesdienstlichen Gebrauch genommen werden. Die Kirche gehört mit ihren edlen Massen im Schiff und den eindrucksvollen Kuppeltürmen zu den schönsten Barockkirchen. Vor über 1000 Jahren war auf dem Platz, auf dem sie steht, ein Kirchlein erbaut worden, dem sich etwa 100 Jahre später ein Frauenkloster zugesellte. Beide gingen während des 30-jährigen Krieges in Flammen auf und wurden 1701 wieder hergestellt. Als König Friedrich nach der Säkularisierung in der napoleonischen Zeit das Kloster in ein Schloß umbaute, übergab er die Kirche der evang. Gemeinde von Friedrichshafen. epd

Wirtschafts-Nachrichten

Fragen des Malerhandwerks

Jahrestagung in Stuttgart

Oberregierungsrat Dr. Massar vom Bundesministerium für Wohnungsbau forderte auf der Jahrestagung des Hauptverbandes des deutschen Malerhandwerks in Stuttgart, daß die Bauverordnungen der Besatzungsmacht von deutschen Stellen vergeben werden müßten. Der Redner wies darauf hin, daß das Malerhandwerk, das heute vor allem von direkten oder indirekten Bauaufträgen lebe, auf Gedeih und Verderb mit der Bauwirtschaft verbunden sei. Der Bundesminister für den Wohnungsbau und die zuständigen Ministerien der Länder würden dafür sorgen, daß in diesem Jahre wieder 300 000 Wohnungen bezugsfertig gemacht würden. Dr. Massar betonte, der Wohnungsbau werde unter allen Umständen mit Baustoffen versorgt werden. Mah erwäge gegenwärtig, diese Versorgung vollständig im Verordnungswege sicherzustellen. Abschließend sagte Dr. Massar, dem Auftragsmandat beim Malerhandwerk könne auch dadurch begegnet werden, daß die Regie- und Schwarzarbeit bekämpft werde. Wenn man diese beiden Erscheinungen beseitige, würden sich die Aufträge für das Malerhandwerk wahrscheinlich um 5 bis 10 Prozent erhöhen.

Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier und andere offizielle Sprecher kritisierten auf der Kundgebung des Berufsverbandes des deutschen Malerhandwerks die von der Besatzungsmacht in der amerikanischen Zone eingeführte Gewerbefreiheit. Dr. Maier erklärte, er habe die Amerikaner, „als sie das Roß der sogenannten Gewerbefreiheit ritten“, vor übertriebenen Maßnahmen gewarnt. In den Köpfen der Beamten der Besatzungsmacht spuke jedoch unsäusrotlicher der Gedanke, daß Deutschland noch eine Art mittelalterlicher Handwerksverfassung habe, welche zum Ausschluß freier Konkurrenz führe. Wer jedoch die Verhältnisse kenne, wisse, daß im Handel und Gewerbe in Deutschland in wirtschaftlich normalen Zeiten eine scharfe Konkurrenz herrsche. Was Deutschland heute vor allem brauche, sei neue Ordnung, auch im Handwerk und Gewerbe. Die verantwortlichen Deutschen seien für die Gewerbefreiheit. „Wir sind aber für eine bessere Gewerbefreiheit, als die über uns verhängte es ist“.

200 000 DM für Gewerbeschule in Buchen

Aus dem Landeswohlfahrtsfonds werden dem Landkreis Buchen auf Kabinettbescheid DM 200 000.— für die Errichtung einer Gewerbeschule zur Verfügung gestellt. Wie Landesbezirkspräsident, Dr. Unser, ferner mitteilt, hat das Kabinett beschlossen, gemeinsam mit dem Land Baden das Aktienkapital der Mittelbadischen Eisenbahn AG. um 300 000 DM zu erhöhen. Die Gesellschaft gehörte früher dem Land Baden und ist jetzt je zur Hälfte im Besitz der Länder Württemberg-Baden und Südbaden. Die Aktien-erhöhung soll zur Hälfte von beiden Ländern getragen werden. Württemberg-Baden wird noch in diesem Jahr 100 000 DM zahlen. Über den restlichen Betrag von 150 000 DM wird der württemberg-badische Landtag bei der Beratung des neuen Haushalts entscheiden.

Pharmazenten für höhere Löhne

Die Delegierten der ersten Zentralbetriebsratkonferenz des pharmazeutischen Großhandels von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden forderten auf einer Tagung in Karlsruhe eine Besserstellung gegenüber dem allgemeinen Großhandelsstarif. Die Konferenz wählte eine Arbeitskommission, die konkrete Vorschläge zur Wiederherstellung einer größeren Rentabilität im pharmazeutischen Großhandel ausarbeiten und an die Unternehmer und die Öffentlichkeit weiterleiten soll.

Lebensversicherungen von Vermitteln

Behandlung nach der Währungsstellung

Zur Behandlung der Lebensversicherungen von Vermitteln bei der Währungsstellung hat der „Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen“ in Karlsruhe eine Verlautbarung veröffentlicht. Danach wird die Lebensversicherung eines Vermitteln erst dann fällig, wenn eine Todeserklärung erfolgt.

Da eine große Anzahl von Vermitteln wieder zurückgekehrt ist, sei bereits 1947 von den Aufsichtsbehörden empfohlen worden, auf Antrag der Angehörigen die Lebensversicherungen gegen Stundung der Prämienzahlung aufrechtzuerhalten. Bei der Währungsstellung sei es möglich gewesen, diese Versicherungen genau so wie alle übrigen umzustellen. Wenn aber der Antrag auf Stundung versäumt und auch keine Prämien innerhalb der letzten 12 Monate vor der Währungsreform bezahlt wurden, habe die Versicherung gelöst bzw. in eine prämielfreie umgewandelt werden müssen. Kehre der Vermitteln jedoch später zurück, könne er innerhalb von sechs Monaten verlangen, daß die Versicherung in der ursprünglichen Höhe wieder in Kraft gesetzt wird.

Ergebnis aber nachträglich die Feststellung des Todesdatums oder die Todeserklärung, daß der Versicherte den Währungsstichtag nicht erlebt hat, so werde die alte Reichsmark-Versicherungssumme in D-Mark im Verhältnis 10:1 ausgezahlt. Für Vermitteln aus der Ostzone und den Ostgebieten seien einige Ausschlußbestimmungen, welche die Währungsstelle grundsätzlich vorschreiben, erheblich gemildert worden. Lag nämlich der letzte Wohnsitz eines Vermitteln außerhalb der Westzone und wurde auch nur eine Prämie nach dem 8. Mai 1945 gezahlt und die weitere Prämienzahlung gestundet, so bleibt das Versicherungsverhältnis bestehen. Die am 27. Juli 1948 erlassene Verordnung, deren Ziel die Erfassung aller Versicherungen ist, wurde bis zum 31. Dezember 1951 verlängert. Für Vermitteln ist vorgeschrieben, daß die Anmeldefrist nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach ihrer Rückkehr endet, auch wenn dieses Datum nach dem 31. Dezember 1951 liegt.

Zentralbankrat ändert Kredit-Richtsätze

Der Zentralbankrat hat die Auswirkung der Ende Januar 1951 zur Normalisierung des Bankakzept-Kredit-Volumens sowie des gesamten kurzfristigen Bankkreditvolumens eingeführten Kredit-Richtsätze überprüft und diese der jetzigen Situation angepaßt. Dabei wurde folgende Änderung der Richtsätze beschlossen:

1. Für alle Kreditinstitute geltend: Die Summe der Akzeptkredite eines Instituts soll nunmehr das Fünffache (bisher das Siebenfache), bei bestimmten Geschäften das Zweifache (bisher das Dreifache) der haftenden Mittel des betreffenden Instituts nicht übersteigen.
 2. Nur für die Kreditbanken (Nachfolgeinstitute, Staats-, Regional- und Landeskommunalkassen, Privatbanken) geltend: a) Die Summe der Kontokorrentkredite und Akzeptkredite eines Instituts soll 60 Prozent (bisher 70 Prozent) der Einlagen und haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen. b) Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das Fünffache (bisher das Dreifache) der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Kurze Fußball-Vorschau

Aufstieg Oberliga Südwest: Entscheidungsspiel: SG Pirmasens — SpVgg. Weisenau.
Aufstieg II. Liga Süd: VIL Neustadt — Olympia Lampertheim, ASV Feudenheim — VfR Aalen.
Südwest-Pokal: VfL Neckarau — VfR Neunkirchen (23. 6.), Wormatia Worms — SV Wiesbaden, Phönix Ludwigshafen — Kickers Offenbach, FK Pirmasens — SV Waldhof, VfR Mannheim — Eintracht Trier, SV Darmstadt 98 — TuS Neustadt.
Freundschaftsspiele: 1. FC Köln — Eintracht Frankfurt, Eintracht Braunschweig — Schalke 04, Hannover 96 — Borussia Dortmund, Alemannia Aachen — Hamborn 07 in Kochem-Mosel, Stuttgarter Kickers — Lausanne Sports, Young Fellows Zürich — Schwaben Augsburg in Waldshut, Sportfreunde Saarbrücken — FSV Frankfurt, 1. FC Bamberg — FC Schweinfurt 05, Holstein Kiel — Borussia Dortmund, Alemannia Berlin — Eintracht Trier, Westend 61 Berlin — Viktoria 89 Berlin, Blauweiß Berlin — Union 06 Berlin, KSV Hessen Kassel — Göttingen 05, Jahn Regensburg — Rotweiß Oberhausen, SV Hechingen — Lausanne Sports, FC Singen — Lunds Bolklub, VfB Friedrichshafen — VfL Konstanz, ASV Landau — 1. FC Kaiserslautern, Phönix Ludwigshafen — 1. FC Nürnberg, Spfr. Saarbrücken — FSV Frankfurt, TuS Neustadt — Spvgg. Jura, SV Duttweiler — FSV Frankfurt.
Länderspiele: In Belgien: Schweiz — Jugoslawien, in Lusern: Schweiz B — Luxemburg.

Vorschlußrunde der Amateure

Für die Vorschlußrunde der Amateure liegt nunmehr Zeitpunkt und Austragungsort fest. Es spielen: 23. 6., 18.30 Uhr in Wuppertal: SC Cronenberg — Bremen 1890, 24. 6., 15.30 Uhr in Karlsruhe: Karlsruher FV — Trüsdorf 85.

Aufstieg zur I. Amateurliga

Bei den Aufstiegsplayoffs zur ersten nordbadischen Amateurliga kommt es zu folgenden Begegnungen: FG Ruppurr-FV Weinhelm, Freya Limbach-SG Kirchheim.

„Goldene Acht“ im West-Süd-Toto

Zum Abschluß der diesjährigen Toto-Saison führt der West-Süd-Block an Stelle der bisherigen „Zwölfer“, Zehner- und Zusatzreihe einen Sonderwettbewerb „Die goldene Acht“ durch, bei dem die Gewinnzuschüttung in zwei Rängen vorgenommen wird.
 Wie die Pressestelle des Sport-Toto Rheinland-Pfalz mitteilt, fallen beim 46. Wettbewerb am 24. Juni bisher insgesamt drei Spiele aus. Es sind dies: 1. FC Kaiserslautern-Preußen Münster, Hamborn 07 — Alemannia Aachen (in Cochem) und Hessen Kassel — Göttingen 05.

Einige Fußballergebnisse

Rhein-Main-Pokal: SV Wiesbaden — FK Pirmasens 2:2, VfB Neunkirchen — VfR Mannheim 5:0, SV Waldhof — Ph. Ludwigshafen 3:0.
 Freundschaftsspiele: FC Taillfingen — Bayer Leverkusen 1:4.

Der FV Weinhelm steigt auf

Obwohl der FV Weinhelm am Mittwoch auf eigenem Platz gegen Kirchheim nur zu einem 1:1-Unentschieden kam, sicherte sich der Rhein-Neckar-Meister mit diesem Punktgewinn bereits den Aufstieg in die erste nordbadische Fußball-Amateurliga. Ruppurr erlitt beim FC Kirchheim mit 1:2-Toren die erste Niederlage, steht aber, nach Verlustpunkten gesehen, weiterhin am günstigsten. Kirchheim hat mit dem Gewinn des Punktepaars wertvollen Boden gewonnen und dürfte neben Weinhelm und Ruppurr den Aufstieg schaffen.

Die Ergebnisse:

FV Weinhelm — SG Kirchheim 1:1
 FC Kirchheim — FG Ruppurr 2:1
 Die Tabelle: FV Weinhelm 7 Sp., 16 P.; FC Kirchheim 7 Sp., 4 P.; FG Ruppurr 5 Sp., 1 P.; SG Kirchheim 2 Sp., 5 P.; Freya Limbach 3 Sp., 0 P.

VfB Neunkirchen — VfR Mannheim 5:0

Im Spiel um den Rhein-Main-Saar-Pokal entschied die ersatzgeschwächte VfR Mannheim im Neunkircher Ellenfeld 1906 Zuschauer, die den VfB Neunkirchen während neunzig Minuten einseitig überlegen sahen. Der VfR fand sich in der ersten Halbzeit überhaupt nicht im Zusammenspiel; in der zweiten Halbzeit wurde die Überlegenheit des VfB Neunkirchen noch deutlicher.

Pforzheim kann Pokalsieger werden

In der mittelbadischen Pokalrunde prallen am Samstag die beiden Tabellenführer 1. FC Pforzheim und Phönix Karlsruhe aufeinander. Sollte der Club auch dieses Spiel gewinnen, ist ihm der Pokal nicht mehr zu entreißen.

Die Spiele: FV Rastatt-VfR Pforzheim, 1. FC Pforzheim-ASV Phönix Karlsruhe, VfR Pforzheim-ASV Durlach, Phönix Karlsruhe-FV Rastatt.

Handballentscheidungsspiel Weinhelm-Bietenheim

In Nordbadischen Handball-Verbandsliga beendeten Weinhelm und Bietenheim die Spielrunde punktgleich. Da einer der beiden Vereine absteigen muß, ist ein besonderes Entscheidungsspiel notwendig, das am Sonntag auf neutralem Platz in Rot ausgetragen wird.

Leichtathletikvergleichskampf Sachsen-Anhalt-Baden/Pfalz genehmigt

Der deutsche Leichtathletikverband (DLV) in Kassel hat den Landesverbänden Baden und Pfalz die Genehmigung zum Rückkampf gegen Sachsen-Anhalt am 24. Juni in Bielefeld erteilt. Auf Grund des Beschlusses des außerordentlichen Bundestages des deutschen Sportbundes (DSB) vom 21. Mai in Stuttgart, sind alle Vergleichskämpfe von Vereinen und Verbänden gegen solche der Ostzone genehmigungspflichtig.
 Nach Erteilung der Genehmigung haben die beiden westdeutschen Verbände ihre Mannschaften nominiert.

Württembergs Handballer in Heidenheim gegen Baden

Am Sonntag stehen sich in Heidenheim Württemberg und Baden in einem Handball-Repräsentativspiel gegenüber. Das Vorspiel im letzten Jahr in Pforzheim würde von Württemberg sicher gewonnen und auch diesmal scheinen die Schwaben die größeren Chancen zu haben. Die Mannschaften spielen in folgender Besetzung:
 Württemberg: Hauser (Stuttgarter Kickers), Dr. Schwander (Frisch Auf Göppingen), Krauß (VfL Oßweil), Herzer (Frisch Auf Göppingen), Franke (Tschiff. Göppingen), Krause (Zuffenhausen), Spahr (Schultheim), Ellinger (Oßweil), Bernhard Kempa (Frisch Auf Göppingen), Klemm (VfL Oßweil), Urbauer (Stuttgarter Kickers), Erast: Eulenhaupt (Oßweil), Achim Kempa (Frisch Auf).
 Baden: Thome (TSV Rot), Fritsch (TSV Rot), Klein (Leutershausen), A. Thome (TSV Rot), Zühlch (Birkenau), Göckel (Bühlheim), Schröderacker, Jäger (Delde Leutershausen), Kunze (Bühlheim), Reubel (Mühlburg), Vetter (Polizei Mannheim), Ersatz: Bechtold, Kempinger, Götzmann.
 Gleichzeitig mit dem Handball-Repräsentativspiel der Männer zwischen Württemberg und Baden treten am kommenden Sonntag in Heidenheim auch die Frauenmannschaften beider Länder auf dem Plan. Als einzige Südwestwürttembergerin wurde Holzwarth, TG Schwenningen, in die württembergische Mannschaft aufgestellt, wo sie den wichtigen Mittelhäuterposten einnimmt.

Zum 25. Mal Frauenhandball-Meisterschaft

Seit 1923 gibt es offizielle Spiele um die deutsche Frauenhandball-Meisterschaft. Am kommenden Wochenende findet nun die 25. Jubiläumsmisterschaft statt. Am Samstag werden die Vorentscheidungen VfL München — Schwarzweil Wuppertal in Bonn und VfV Spandau — TSV Alstertal in Gundersbach ausgetragen. Die siegreichen Mannschaften kämpfen dann am Sonntag in Wuppertal um den Titel und die unterlegenen Vereine ermitteln den dritten Platz. Ob der VfL München seine Meisterschaft verteidigen kann?

Eintracht-Siege in Zürich

Bei einem Leichtathletik-Vergleichskampf zwischen Eintracht Frankfurt und mehreren schweizerischen Vereinen, der in Zürich ausgetragen wurde, konnten die Frankfurter einige schöne Erfolge einheimsen. Über 800 m siegte Ulzheimer in 1:33,9 Min. vor Bühler (SC Brühl) mit 1:34,5 Minuten. Ferner war Eintracht in folgenden Sparten siegreich: 110-m-Hürdenlauf durch Thellmann mit 15,2 Sekunden, Diskus durch Riese mit 42,67 m und 4x100-m-Staffel in 43,1 Sek. Im 400-m-Lauf mußte sich Ulzheimer dem Schweizer Sieger vom LC Zürich beugen, der nach 49 Sekunden das Band riß. Ulzheimer brauchte eine Zehntelsekunde mehr. In den Wettkämpfen

der Damen siegten die Vertreterinnen von Eintracht Frankfurt in allen Sparten.

Tübinger Rundstreckenrennen

Motorrad-Elite am Start

Zum dritten Male findet am Sonntag in Tübingen das „Tübinger Rundstreckenrennen“ statt. Anstelle des bei den früheren Rennen gefahrenen Rundkurses in der Mitte der Stadt wurde eine neue Rundstrecke in der Nähe von Dullingen für das Rennen gewählt, die durch ihre zahlreichen Kurven noch reizvoller ist, als der bisherige Kurs. Der Automobil- und Motorsportclub Tübingen, der in den beiden letzten Jahren durch seine glänzend organisierten Rennen sich den inoffiziellen „Preis der am besten organisierten Motorradrennen“ in Deutschland holte, wartet auch in diesem Jahr mit einer sehr guten Organisation auf.

Start der Rennen ist morgens um 10 Uhr. Ende der Rennen punkt 18 Uhr. Höhepunkt des Rennens wird der Start der 350-ccm-Klasse sein, in der der Reutlinger Baltisberger auf seiner schnellen und auf Roland Schnell (Moto-Parilla) trifft. Die 350-ccm-Klasse steht im Zeichen des Duells zwischen Thörn-Frikker (Guzzi) und Gablest (Parilla). Auch die anderen Klassen sind überaus stark besetzt.

Neben den Lizenzrennen werden noch zwei Läufe der Ausweiffahrer in den 125-ccm- und 500-ccm-Klassen gestartet. Als Einlage veranstalten die Malco-Werke einen Sonderlauf mit zehn Malco-Maschinen.

Großer Steierpreis in Stuttgart

Der nach Weltmeister Frozio beste italienische Dauerfahrer Martino wird am Samstag bei einem Nachtrennen um den Großen Steierpreis in Stuttgart an den Start gehen und dabei auf Ex-Weltmeister Lohmann, Bochum, auf den „Sechstage-König“ Kilian (Luxemburg), den zweiten Deutschen Meister Kittsteiner, Nürnberg, und den Stuttgarter Steinbühl treffen.

Robinson boxt gegen Hecht

Zum ersten Mal wird am Sonntag ein Weltmeister in den Boxen der Berliner Waldbühne steigen. Ray „Sugar“ Robinson, Amerikas Weltmeister im Mittelgewicht, wird auf den Berliner Halbschwergewichtler Gerhard Hecht treffen. Von Hecht erzählt man sich, daß er eine Rechte wie Max Schmeling schlägt. Hecht hat sich durch sein intensives Training mit Conny Rux in beste Form gebracht, und es wird ein Kampf erwartet, wie ihn die Berliner Waldbühne noch selten gesehen hat. Ob er allerdings mit dem Weltmeister über die Runden gehen wird, bleibt abzuwarten.

Im Rahmenprogramm läßt die Begegnung zwischen Demke und dem Finnen Ask (Federgewicht) einen spannenden Kampf erwarten. Im Mittelgewicht wird in einem 6-Runden-Kampf der Berliner Teichmann auf den Amerikaner Womber treffen, während im Schwergewicht, ebenfalls über 6 Runden, Wiegand (Dortmund) und Till (Berlin) einander gegenüberstehen. Yvel (Frankreich) und Kleinwächter bestreiten einen Halbschwergewichtskampf über 6 Runden.

Hein ten Hoff — Joe Louis am 8. August?

„Joe Louis ist wieder Joe Louis!“ So ertönt ein tausendfaches Echo aus USA nach dem Kampf des Ex-Weltmeisters gegen Lee Savold. Die Leistung des „braunen Bombers“ war so großartig wie in früheren Tagen, so daß man für einen neuen Weltmeisterschaftskampf Ezzard Charles gegen Joe Louis, der voraussichtlich im September in Detroit anlässlich des 29-Jahrestages dieser Stadt stattfinden wird, eine Einzahlung von 300 000 Dollar erwartet. Vorher kämpft Charles am 12. Juli in Pittsburgh erneut gegen den unverwundlichen „old man“ Joe Walcott. Auch Joe Louis will vorher noch einmal in den Ring steigen. Sein Angebot, dabei gegen den deutschen Schwergewichtmeister Hein ten Hoff anzutreten, scheint viel ernsthafter, als man zunächst glaubte. Obwohl Hein ten Hoff von der Europameisterschaft gegen Jack Gardner (England) nicht mehr in den Ring steigen möchte, rät ihm sein ausländischer Interessenvertreter Fred Kirsch, den Kampf mit Joe Louis zu akzeptieren. Wie wir hören, hat der Manager des Ex-Weltmeisters für einen Kampf in Berlin (als Termin wird der 8. August genannt) eine Garantiesumme von 25 000 Dollar, also etwas mehr als 100 000 Mark.

Landesmeisterschaften im Modellflug

In Karlsruhe werden am 22. und 23. Juni die Landesmeisterschaften im Modellflug für Württemberg-Baden stattfinden. Der württembergische Luftfahrtverband in Stuttgart hat seine Fliegergruppen aufgefordert, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Es werden nur Flug-

modelle zugelassen, die den Bestimmungen des internationalen Luftfahrtverbandes entsprechen. Bei dem Wettbewerb handelt es sich außerdem um einen Ausscheidungskampf für die deutsche Modellflugmeisterschaft, die voraussichtlich im August dieses Jahres in Borkenberge in Westfalen stattfinden wird.

Südwestdeutsche Modellflugmeisterschaften

Über 100 Flugmodellvereine des gesamten Südwestdeutschen Raumes werden am Wochenende die Vertreter des Modellflugzeugbaus nach Karlsruhe entsenden, wo auf dem Flugplatzgelände die Landesmeisterschaften im Modellflug abgehalten werden. Über 200 auswärtige Teilnehmer werden erwartet. Mindestens 1000 Starts müssen im Laufe des Sonntags ausgeführt werden, während am Sonntag die Baugründe aller Modelle nach anerkannten Regeln stattdast. Den Modellen mit der besten Ausgestaltung wird die Möglichkeit geboten, bei den Ausscheidungskämpfen der Bundesrepublik in Borkenberge im August ihr Können nochmals zu beweisen.

Die außerordentliche Bedeutung dieser Landesmeisterschaften Württemberg-Baden wird durch die Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Aero-Clubs, Wolf Hirth, unterstrichen.

Alpenpokal für Deutschland

Zum ersten Mal seit 18 Jahren errang ein deutscher Fahrer, der Frankfurter Helm Glöckler auf Porsche den Alpenpokal, die höchste Auszeichnung der internationalen Alpen-Rundfahrt, die in diesem Jahr mit Start und Ziel im Kitzbühel stattfand.

Kurze Sportnachrichten

Nach Deutschland, Schweden und den Philippinen qualifizierte sich jetzt auch Italien als Cup-Team für die Europazonen-Vorqualifikationsrunde.

Eine besondere sportliche Delikatesse bietet am 23. Juni die Stadt Lindau mit einem Nacht-Kunstspringen, an dem die deutsche Spitzenklasse im Kunstspringen mit Europameister Aderholt, Haase, Geyer, Jaiser, sowie den Damen Tatarak, Schlönnagel und v. Hartung beteiligt sein werden.

Eine vom Ausland besonders geschätzte Langstreckenprüfung ist das 24-Stunden-Rennen von Le Mans (23./24. Juni), für das zwei deutsche Porsche-Fahrer zugelassen werden. Das eine Fahrzeug steuern die Franzosen Verulien-Monzie, mit dem zweiten Porsche bestreitet Paul von Guilleume an gleicher Stelle Probefahrten. Die schärfsten Konkurrenten dürften die französischen Simcas und Deutsch-Bonnets sein.

Einen neuen Europa-Rekord im Kugelstoßen hat der estnische Athlet Heino Lipp bei den estnischen Sport-Festspielen mit 16,95 m aufgestellt.

Die bekannte deutsche Turnierreiterin Gräfin Ellen von Hohenau befindet sich zur Zeit mit ihrer Araber-Stute „Bella Gisela“ auf einem Ritt nach Damaskus. Sie erhielt auch eine Einladung des transjordanischen Königs Abdallah, in der Hauptstadt Amman seine bekannten Arsbegüter zu besichtigen.

Der Schäffer-Toto

Die Finanzminister haben es überall in der Welt nicht leicht. Sie müssen klug wie die Schlangen und erfindereich in der Kunst sein, ihren Säckel irgendwie zu füllen, ohne daß der gewählte Steuerzahler allzu sauer reagiert. Daß zu diesem Zweck sogar ungesetzliche Mittel herangezogen werden müssen, haben wir schon erlebt. Es fragt sich nur, wozu wir einen Haushaltsanschluß des Bundesstaats haben, wenn er dem Finanzminister nicht auf seine Schliche kommt. Das unschöne Tauschen um neue Steuern in den letzten Monaten hätte dann nämlich vermieden werden können.

Zur Kunst eines Finanzministers gehört es auch, seine Anleihe so anzulegen, daß sie Spargelder aus Konten und Sparstrümpfen herauszuholen vermögen. So stattet der Bundesfinanzminister seine demnach zum Verkauf angebotenen 50 Millionen Prämien-Schatzanweisungen mit totalen Gewinnchancen aus. Diese „Baby-Bonds“, gestückt auf 10 DM Nennwert, sind für den Käufer zwar unverzinstlich, ihr Zinsvertrag wird jedoch lotterielähnlich unter die Besitzer mit hohen Gewinnchancen ausgelost. Der Ertrag dieser Anleihe soll produktiven Zwecken dienen und nicht im allgemeinen Haushalt verschwinden. Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit z. B. des Baus von Handelsschiffen, der Schaffung von Wohnungen usw. ist unbezweifelbar. Jeder möge daher das öffentliche Verkaufangebot des Finanzministers genau studieren und sein Glück zu einem guten Zweck versuchen.

Das Lied vom Glück

(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

19. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Da öffnete sich einem die Tür in die weite Welt... da kam mit Zauberwort das wunderbarste Erlebnis... man verliebte sich... blindlings... und den man liebte, der sah eine schöne, fremde Frau und...

Till lachte in sich hinein und schüttelte heftig den Kopf, um nicht zu weinen.

Und dieser arme Junge Gräner mit seiner verunglückten Liebeserklärung... den hatte sie versetzt.

Oh, ihr geschah ganz recht. Was man besaß, das achtete man nicht, und was man nicht besitzen konnte... danach gierte man und verzehrte sich.

Und wie lange noch, und alles war vorbei...

Eine halbe Stunde saß und sann Till so im Dunkeln, dachte an die Mutter, grämte sich und empfand immer stärker Hunger... dann klingelte sie und ließ sich vom Steward in ihrer Kabine ein paar leichte Speisen anrichten...

Längst hatte die „Conte Rosso“ den Hafen von Neapel wieder verlassen. Noch eine halbe Stunde verließ, dann wirkte das gute Abendessen und der Schluck feurigen Chiantis Till, in ihrem grünen Kleid, das weiße Samtcape um die Schultern geschmiegt, wagte sich an Deck. Laut rauschte das Meer. In endlosem Heben und Senken glitten die Wogen an der Schiffswand entlang. Lau schmeichelte der Wind. Langsam schritt sie hierhin, dorthin, nun steuerbord, nun backbord... und da begegnete sie ihm — und allein.

In jähem Schreck zuckte sie, schon wieder fluchtbereit, zusammen.

Alexander Remigy begrüßte sie freundlich und heiter und warf seine Zigarre in hohem Bogen über Bord.

„Sie leben also doch noch? Warum sah man Sie heute abend nicht bei Tisch?“

„Ich war müde.“

„Und wie war's in Pompeji? — Ich hörte, Sie trafen in Neapel einen Freund?“

„Einen Münchener Bekannten“, murmelte Till erglühend und wandte sich ab. Und dann, ohne ihn anzusehen: „Und wie gefiel es Ihnen auf dem Vesuv?“

„Oh, ausgezeichnet...“

Till schrak auf.

Diese weiche, schmelzige Stimme, ein wenig hart das Deutsch, aber klar verständlich — das war die Marchesa. Was hatte diese... Venus auf Reisen hier herumzuschleichen und die Leute zu stören? Da stand sie neben Remigy und tat, als sei sie ihm zugehörig.

Till hob den Kopf etwas höher als sonst und sah sie an, unverwandt, starr... so daß die Marchesa unruhig den Blick senkte und sich mit einigen schmeichelnden, unverständlichen Worten an Remigy wandte. Remigy nickte nur und sprach dann, sich zu Till wendend, weiter — aber die entglitt in's Dunkel und ließ die beiden allein.

Böse war sie, — oh, böse!

Gerade diese Frau mußte es sein, die ihn einfiel... diese Frau, von der alle andere gering dachten; sie wußte es ja... auch er selber vielleicht!

Und doch fing sie ihn ein? — Oh, es war nicht zu begreifen!

Und sie pirschte sich da und dort an den Gruppen vorüber — nur von einem Gedanken erfüllt: an dieser Frau sich zu rächen!

Das aber war die alte Till: Mitten in ihrem zornigen Hin und Her wandelte sie ein Lachen an — wenn Musch sie so sehen könnte, so aufgeregt um den fremden Mann und die Frau, die ihm nachstellte — ach, was würde Muschiams da für Augen machen!

Langsam fand sich Till wieder. Was ging sie auch schließlich Remigy an? Wozu denn der Wirbel der Gefühle?

Endlich stand sie still, vorn am Bug zwischen den dicken Ketten und Riesenpollern, und sah Gisch aufspritzen aus schwarzem Nachtmehr. Hier wehte der Wind stärker, und sie fühlte das Schiff sich heben und senken — eine Brise kam auf...

Auf dem Rückweg nach ihrer Kabine fing sie das Hallo der Tischgruppe auf, der sie angehörte. Sie erzählten sich von ihren Abenteuern in Pompeji und auf dem Vesuv. Sie fürchtete eine Frage nach Gräner und huschte mit schnellem Gruß vorüber.

Als Remigy sich zur Nacht zurückzog, wich langsam von seinem gebräunten Gesicht die gesellschaftliche Maske des Lächelns. Er trat nachdenklich in seine Kabine und ließ sich sinnend in den rotgeblühten Sessel vor dem Spiegeltisch nieder.

Nicht das reizvolle römische Gesicht Fiorialisa Morettis fing ihn nun ein... nicht ihr Wogen und Schmiegen, ihr Gleiten und Gleiben: Tills feines Mädchen-gesicht mit den großen und stolzen Augen, die so froh zu leuchten und zu jauchzen vermochten, und die nun so zornvoll und fast schmerzlich anklagten und drohten.

Alexander Remigys erlebnisgestähltes Herz begann wunderbar zu klopfen und zu pochen. Er horchte auf. Das konnte er. Das hieß: Gefahr. Der Sturmball ging hoch

und warnte den Schiffer draußen auf See...

Hm, bisher war er noch keinem Sturm ausgewichen, Spielerei war's nur. Kein Kampf um Schiffbruch und Tod. Aber was war denn an dem Mädels aus München, das sogar schon seine Handlungen zu bestimmen begann? Denn nur Iretwegen hatte er sich einen Tag lang mit der bemalten Puppe Fiorialisa Moretti gelangweilt — hatte sich deren Gesellschaft aufgeladen, nur... ja nur, um nicht mit der Professortochter schließlich allein irgendwo herumstrolchen zu müssen. Er kannte sich — und zu einem gewöhnlichen Bordflirt — nein, dazu war dieses Mädels aus München zu schade.

Mit sorglicher Behutsamkeit zeichnete seine Erinnerung jede Linie dieses Mädchens nach, von dem er nicht wußte, was es eigentlich war — denn „Professortochter“ ist ein weiter Begriff — und woher es kam, welcher Wind es in diese Gemeinschaft kühlerer Menschen ge-weht hatte.

Denn daß sie nicht zu ihnen gehörte, nicht zu Madama Davidés gerissener Kaltschnüzigkeit, nicht zu Mademoiselle Brixis unbekümmerter Malerinnenselbstsucht, nicht zu des Konsuls beamtentrockener Moral... ja, das fühlte er, und das war es, was ihn packte und nicht losließ.

Alexander Remigy war ein Taten-mensch, Grübeleien gab er nie lange Raum. Er blies den Rauch einer Zigarette in dichten Wolken von sich und vertauschte den abendlichen Frack mit dem schwarz-seidenen Pyjama, warf den Rest des Schwarzwerts fort und suchte im Liegen zu lesen. Aber bald gab er es auf, da es ihm nicht gelingen wollte und immer wieder die Gedanken abschweiften — er löschte das Licht.
 Fortsetzung folgt